PETITION
#SchwangerOhneGewalt

„Sexualisierte und strukturelle Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett anerkennen und wirksam bekämpfen“

ADRESSAT*INNEN
Diese Petition richtet sich formal an den Deutschen Bundestag und die zuständigen Bundesministerien:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
- Bundesministerium der Justiz (BMJ)

Da Krankenhausplanung, Aufsicht und Teile der Ausbildungsordnungen Ländersache sind, richtet sich diese Petition ausdrücklich auch an:

- Gesundheitsministerien aller Bundesländer
- Sozialministerien aller Bundesländer
- Landesgesundheitskonferenzen
- Krankenhausaufsichtsbehörden der Länder

Wir fordern den Deutschen Bundestag und die zuständigen Ministerien auf, gesetzliche und berufsrechtliche Regelungen zu schaffen, die folgende Akteur*innen verbindlich zur Gewaltprävention, zur Implementierung von Schutzkonzepten sowie zur traumasensiblen Aus- und Fortbildung verpflichten:

- Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG) - als leitlinienentwickelnder Fachverband
- Deutscher Hebammenverband (DHV) - als berufsständische Vertretung und Mitverantwortliche für Ausbildungsstandards
- Bundesärztekammer und Landesärztekammern - als zuständige Instanzen für Berufsordnungen, Fortbildungspflichten und Disziplinarverfahren
- GKV-Spitzenverband - als zentraler Finanzierungsakteur
- Krankenhausträger und Klinikleitungen
- Universitätskliniken und akademische Lehrkrankenhäuser
- Geburtshäuser und freiberuflich tätige Hebammen

Nadine Birner
Verena Arps-Roelle
www.schwangerohnegewalt.de

#SchwangerOhneGewalt

KERNFORDERUNG
Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, sexualisierte und strukturelle Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett als spezifische Form geschlechtsspezifischer Gewalt anzuerkennen und durch gesetzliche, fachliche und strukturelle Maßnahmen – einschließlich der Konkretisierung von Patient*innenrechten, verbindlicher Aus- und Fortbildung sowie Qualitätssicherungs- und Aufsichtsstrukturen – wirksam zu bekämpfen.

Mit dieser Petition schließen wir ausdrücklich an die bereits vorliegende Petition „Gewalt unter der Geburt verhindern: Rechtliche Anerkennung JETZT!“ (abrufbar unter https://innn.it/sichere-geburt) von Jana Heinicke an und erweitern deren Forderungen um eine umfassende Perspektive auf sexualisierte und strukturelle Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, einschließlich Patient*innenrechten, struktureller Verantwortung und Aus- und Fortbildungspflichten.

BEGRÜNDUNG
In Deutschland berichten zahlreiche schwangere, gebärende und im Wochenbett befindliche Personen von entwürdigenden, grenzüberschreitenden und sexualisierten Erfahrungen in gynäkologischen Praxen, Kliniken und Geburtshäusern. Dazu zählen insbesondere:

- körperliche Untersuchungen und Eingriffe ohne wirksame Einwilligung,
- nicht angekündigte oder wiederholte vaginale Untersuchungen,
- herablassende, sexualisierte oder diskriminierende Kommentare,
- Missachtung von Intimität und Scham, fehlender Sicht- und Hörschutz,
- ein Arbeitsalltag, in dem Personalmangel, Hierarchien und ökonomischer Druck über die Bedürfnisse der Betroffenen gestellt werden.

Diese Erfahrungen können Tatbestände von Körperverletzung, Nötigung oder Beleidigung erfüllen, werden im medizinischen Kontext jedoch häufig nicht als Gewalt erkannt, sondern als „Routine“, „medizinische Notwendigkeit“ oder „Organisationszwang“ normalisiert.

Deutschland ist durch die Istanbul-Konvention verpflichtet, alle Formen von Gewalt gegen Frauen und andere von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Personen zu verhindern, zu verfolgen und zu sanktionieren sowie Schutz- und Unterstützungsstrukturen vorzuhalten.

Gewalt in der Geburtshilfe wird in Rechtsetzung, Fachpolitik und Datenerhebung bislang jedoch nicht als eigenständiger Problembereich gefasst:

Nadine Birner
Verena Arps-Roelle
www.schwangerohnegewalt.de

- Es existiert keine rechtliche Definition oder Anerkennung „obstetrischer Gewalt“.
- Es gibt keine systematische, staatlich verantwortete Datenerhebung zu Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.
- Unabhängige, traumasensible Beschwerde-, Beratungs- und Aufarbeitungsstellen fehlen flächendeckend.

Zahlreiche Fachverbände, Forschungsprojekte und zivilgesellschaftliche Initiativen weisen seit Jahren auf strukturelle Missstände hin, darunter Personalmangel, ökonomischen Druck, unzureichende Personalschlüssel, fehlende traumasensible Standards und diskriminierende Praxen. Besonders betroffen sind von Rassimus betroffene Personen, queere und nicht-binäre schwangere und gebärende Personen sowie Menschen mit Behinderung und Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus.
Die bestehenden Patient*innenrechte – etwa auf Aufklärung, informierte Einwilligung, Wahrung der Intimsphäre, Einsicht in die Behandlungsdokumentation und respektvolle Kommunikation – werden in der Praxis der Geburtshilfe häufig nicht umgesetzt. Zugleich sind die strukturellen Verantwortlichkeiten der Einrichtungen, Träger und Aufsichtsbehörden zur Gewaltprävention und Sicherung einer würdevollen Versorgung bislang unzureichend konkretisiert.

UNSERE FORDERUNGEN AN DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG
Vor diesem Hintergrund bitten wir den Deutschen Bundestag insbesondere darum,

1. **Gewalt, auch sexualisierte Gewalt, in der Geburtshilfe benennen und einordnen**
   Jede Form von Gewalt in der Geburtshilfe – einschließlich sexualisierter, verbaler, psychischer und struktureller Gewalt – in nationalen Strategien und Aktionsplänen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt explizit zu benennen und zu berücksichtigen.

2. **Rechtliche Definition und Anerkennung „obstetrischer Gewalt“ prüfen**
   eine rechtliche Definition „obstetrischer Gewalt“ im Kontext des Schutzes vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu prüfen und in Gesetzgebung und Fachrecht zu verankern, orientiert an internationalen Standards und der Istanbul-Konvention.

3. **Patient*innenrechte stärken und konkretisieren**
   die Rechte von schwangeren und gebärenden Personen auf
   - informierte, freiwillige und widerrufliche Einwilligung,
   - umfassende, verständliche Aufklärung,
   - Begleitung durch eine selbstgewählte Vertrauensperson,
   - Wahrung von Intimität und Scham,

- respektvolle, diskriminierungsfreie Behandlung ausdrücklich zu stärken und im Patientenrechte- und Krankenhausrecht, in Berufsordnungen sowie in Leitlinien und Qualitätssicherungs-Richtlinien für den Bereich Geburtshilfe konkret auszugestalten.

4. **Strukturelle Verantwortung und Aufsicht schärfen**
   die strukturelle Verantwortung von Einrichtungen, Trägern und Aufsichtsbehörden für Gewaltprävention und traumasensible Geburtshilfe klar zu regeln, u.a. durch
   - verbindliche Vorgaben zu Beschwerdemanagement, Fehler- und Aufarbeitungskultur,
   - Melde- und Berichtspflichten zu Vorkommnissen,
   - Verknüpfung von Finanzierung und Qualität (z.B. personelle Ausstattung, 1:1-Betreuung).

5. **Systematische Datenerhebung sicherstellen**
   regelmäßige, repräsentative und unabhängige Studien zu Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett – mit intersektionaler Perspektive – zu beauftragen und dauerhaft zu finanzieren, um Ausmaß, Formen und Folgen obstetrischer Gewalt sichtbar zu machen.

6. **Unabhängige Beschwerde- und Aufarbeitungsstellen einrichten**
   bundesweit unabhängige, traumasensible Beschwerde- und Aufarbeitungsstellen für Personen einzurichten, die in diesem Kontext Gewalt erfahren haben, mit folgenden Mindeststandards:
   - Unabhängigkeit von Klinikträgern und Berufsverbänden,
   - niedrigschwellige, barrierefreie Zugänge,
   - Schutz von Anonymität und Vertraulichkeit,
   - Möglichkeit zur strukturellen Auswertung und Rückkopplung in Politik und Fachpraxis.

7. **Verbindliche Aus-, Fort- und Weiterbildung verankern**
   verbindliche Inhalte zu sexualisierter Gewalt, traumasensibler

   Geburtshilfe, Diskriminierung und Intersektionalität in allen relevanten Ausbildungs-, Studien- und Weiterbildungsordnungen der Gesundheits- und Heilberufe zu verankern – insbesondere für Hebammen, Ärzt*innen, Pflegekräfte, medizinische Fachangestellte und Rettungsdienste – und entsprechende Leitlinien zu respektvoller, nicht sexualisierender Versorgung zu entwickeln.

8. **Fortbildungspflichten fachlich ausrichten**
   bestehende gesetzliche und berufsrechtliche Fortbildungspflichten so zu konkretisieren, dass Fortbildungen zu Gewaltprävention, Kommunikations- und Beziehungsgestaltung, Macht- und

Hierarchiekritik, Diversität und Antidiskriminierung im Bereich Geburtshilfe verpflichtender Bestandteil sind.

9. **Strukturelle Bedingungen der Geburtshilfe verbessern**
   die strukturellen Bedingungen der Geburtshilfe (Personalschlüssel, Finanzierung, räumliche Ausstattung, 1:1-Betreuung im Kreißsaal) so zu verbessern, dass eine würdevolle, sichere, interventionsarme und bedürfnisorientierte Versorgung aller schwangeren, gebärenden und im Wochenbett befindlichen Personen möglich ist und Fachkräfte nicht in permanenten ethischen und organisatorischen Konflikten arbeiten müssen.

Diese Maßnahmen sind erforderlich, um Grund- und Menschenrechte, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung, Patient*innenrechte sowie die Verpflichtungen Deutschlands aus der Istanbul-Konvention im Bereich der Geburtshilfe tatsächlich umzusetzen.

Nadine Birner
Verena Arps-Roelle
www.schwangerohnegewalt.de

PETITION
#SchwangerOhneGewalt

„Sexualisierte und strukturelle Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett anerkennen und wirksam bekämpfen“

ADRESSATINNEN
Bürger*innen per Kampagnenplattform (Change.org, openPetition, oder Campact)

TITEL-VORSCHLAG
Stoppt Gewalt in Kreißsaal und Praxis – schützt schwangere und gebärende Personen!

KERNBOTSCHAFT
Schwangerschaft und Geburt sollten sichere, würdevolle Erfahrungen sein. Doch in Deutschland berichten viele schwangere und gebärende Personen von entwürdigenden Untersuchungen, Eingriffen ohne Einwilligung und sexualisierten Kommentaren – im Kreißsaal, in gynäkologischen Praxen, im Wochenbett.
Wir knüpfen mit dieser Petition an die bereits bestehende Petition „Gewalt unter der Geburt verhindern: Rechtliche Anerkennung JETZT!“ von Jana Heinicke an und gehen einen Schritt weiter, indem wir sexualisierte und strukturelle Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett insgesamt in den Blick nehmen – mit klaren Forderungen zu Rechten von Betroffenen, unabhängigen Beschwerdestellen, besseren Arbeitsbedingungen und verbindender Aus- und Fortbildung für Fachpersonal.“

Petitionstext
Wir, Nadine Birner und Verena Arps-Roelle, fordern ein Ende von Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.
Zu oft erleben schwangere und gebärende Personen, dass über ihre Körper hinweg entschieden wird: Vaginale Untersuchungen ohne Erklärung, „das machen wir jetzt einfach“, Kommentare über Aussehen und Sexualität, fehlender Sichtschutz, Druck zu Eingriffen, für die keine wirksame Einwilligung vorliegt. Viele tragen diese Erfahrungen als Scham, Schuld oder Trauma mit sich herum – und finden kaum Stellen, an denen sie ernst genommen, geschützt und unterstützt werden.

Gleichzeitig fehlen in der Politik klare Worte und Taten:

Nadine Birner
Verena Arps-Roelle
www.schwangerohnegewalt.de

#SchwangerOhneGewalt

- Es gibt keine rechtliche Anerkennung von Gewalt in der Geburtshilfe als spezifische Form geschlechtsspezifischer Gewalt.

- Es gibt keine flächendeckenden, unabhängigen Beschwerde- und Aufarbeitungsstellen.

- In vielen Ausbildungen und Fortbildungen kommt traumasensible, diskriminierungskritische Geburtshilfe kaum vor.

Besonders hart trifft es von Rassimus betroffene, queere, nicht-binäre und behinderte schwangere und gebärende Personen sowie Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung.

Dabei ist längst klar:
- Patient*innen haben das Recht, informiert „Ja“ oder „Nein“ zu sagen.

- Intimität, Würde und Sicherheit sind keine „Extras“, sondern Grundrechte.

- Kliniken, Praxen und Geburtshäuser tragen eine strukturelle Verantwortung, Gewalt zu verhindern – durch genug Personal, gute Organisation, Fortbildung und eine Kultur des Hinsehens statt Wegsehens.

UNSERE FORDERUNGEN AN BUNDESREGIERUNG, BUNDESTAG UND LÄNDER

Wir fordern von Bundesregierung, Bundestag und Ländern, endlich wirksame Schritte zu gehen:

- **Gewalt, auch sexualisierte Gewalt, in der Geburtshilfe anerkennen**
  Gewalt in der Geburtshilfe endlich als geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt anzuerkennen und in nationale Strategien und Aktionspläne gegen Gewalt aufzunehmen.

- **Rechte von Betroffenen stärken**
  Rechte von schwangeren und gebärenden Personen auf informierte Einwilligung, Intimität, Begleitung und respektvolle Behandlung gesetzlich zu stärken und im Alltag der Geburtshilfe durchzusetzen.

- **Unabhängige Beschwerde- und Aufarbeitungsstellen aufbauen**
  bundesweit unabhängige, traumasensible Beschwerde-, Beratungs- und Aufarbeitungsstellen für Betroffene von Gewalt in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett einzurichten – niedrigschwellig, barrierefrei und unabhängig von Kliniken.

Nadine Birner
Verena Arps-Roelle
www.schwangerohnegewalt.de

- **Verbindliche Aus- und Fortbildung verankern**
  verbindliche Aus- und Fortbildung zu sexualisierter Gewalt, Trauma, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und guter Kommunikation in allen geburtshilflich tätigen Berufen zu verankern – bei Hebammen, Ärzt*innen, Pflege und in der Ausbildung anderer Gesundheitsberufe.

- **Behandlungsethos und Leitlinien anpassen**
  Leitlinien und Standards so weiterzuentwickeln, dass eine respektvolle, nicht sexualisierende, traumasensible Geburtshilfe der Maßstab ist – nicht nur medizinische Technik oder ökonomische Vorgaben.
- **Bessere Arbeitsbedingungen und 1:1-Betreuung**
  bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche 1:1-Betreuung im Kreißsaal zu schaffen, damit Hebammen und Geburtshelfer*innen die Zeit und Rahmenbedingungen haben, Menschen statt „Fälle“ zu begleiten – und Gewalt durch Überlastung gar nicht erst entsteht.

- **Daten erheben, hinsehen, handeln**
  regelmäßige, unabhängige Studien zu Erfahrungen von allen Gewaltformen in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett zu finanzieren – mit besonderem Blick auf von Rassismus betroffene, queere, nicht-binäre und behinderte Personen – und die Ergebnisse in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Unterstütze diese Petition und setz ein Zeichen:
Gewalt hat in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett keinen Platz.
Schwanger zu sein oder ein Kind zu bekommen darf nie bedeuten, die eigene Würde, Intimität und Selbstbestimmung abgeben zu müssen.

Diese Petition liegt dem Deutschen Bundestag unter der Petitionsnummer … vor.

Nadine Birner
Verena Arps-Roelle
www.schwangerohnegewalt.de

#SchwangerOhneGewalt